



Martin Gerster
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

11.05.2007

Rede zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Rede vom 11.05.2007, Plenarprotokoll 16/98

a) Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der LINKEN

Entwicklung der extremen Rechten und die

Maßnahmen der Bundesregierung

– Drucksachen 16/1009, 16/4675 –

b) Beratung des Antrags der Fraktion der LINKEN

V-Leute in der NPD abschalten

– Drucksache 16/4631 –

c) Beratung des Antrags Fraktion der LINKEN

Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus dauerhaft verankern und Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung berücksichtigen

– Drucksache 16/4807 –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Martin Gerster, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Martin Gerster (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung und diese Große Koalition bekämpfen jeglichen politischen Extremismus entschlossen und nachhaltig. Deswegen diskutieren wir fast in jeder Sitzung des Innenausschusses darüber. Ich sage dazu: Das ist gut so.

Ich verwehre mich aber an dieser Stelle für mich und die SPD-Fraktion ganz klar gegen den permanenten Versuch, Rechts- und Linksextremismus gleichzustellen und gegenseitig aufzurechnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, aus historischer Verantwortung heraus sind wir verpflichtet, Rechtsextremismus von Grund auf als zentrale Herausforderung für unsere freiheitliche Demokratie, für unsere Bundesrepublik Deutschland, für unser friedliches Zusammenleben zu sehen. Deswegen glaube ich, dass wir uns klarmachen müssen, dass im Rechtsextremismus ein Bedrohungspotenzial liegt, das niemals relativiert werden darf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

LINKEN – Miriam Gruß [FDP]: Links doch genauso! – Zuruf von der CDU/CSU: Links

doch auch!)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Wir dürfen uns an dieser Stelle nichts vormachen. In betroffenen Gebieten, Städten und Gemeinden, aber auch in Schulen und Vereinen ist oft die Angst da, Rechtsextremismus zu thematisieren: die Angst vor Stigmatisierung, die Angst vor Nachteilen. Deswegen wird das Thema leider viel zu oft totgeschwiegen. Wir haben es im Rahmen eines Ausflugs mit dem Kollegen Klaus Uwe Benneter vor einem halben Jahr bei einem Vor-Ort-Besuch in Brandenburg erlebt. Da haben uns Bürgermeister und Schulleiter berichtet, dass man sich in der Schule weigert, zu thematisieren, dass Rechtsextremismus in den Klassen ein Thema ist, weil man Angst um das gute Image der Schule hat. Deshalb ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Rechtsextremismus ist ein Thema, das wir nicht so wie viele Medien behandeln sollten, nämlich dass wir es erst dann auf die Tagesordnung hier im Bundestag setzen, wenn etwas passiert ist und es Schlagzeilen gibt. Es ist ein Thema, das keine Konjunktur duldet. Im Gegenteil: Dauerhaftes Engagement ist hier gefragt. Genau das machen die Bundesregierung und die Große Koalition, indem die wichtigen Programme fortgeschrieben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat ist eine schlimme Entwicklung bei den Gewalt- und Straftaten zu verzeichnen. Kollegin Gabi Fograscher hat es erwähnt, und es ist auch in den entsprechenden Berichten nachzulesen. Im Bund waren es 15 914 Straftaten im vorletzten Jahr und über 18 000 im letzten Jahr. Auch in Baden-Württemberg gibt es eine immense Steigerung von 1 166 auf 1 351 Fälle. Das ist also nicht nur in den neuen Bundesländern ein Thema. Dort tritt es sicher verstärkt auf, aber es ist ein gesamtdeutsches Problem.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Als Abgeordneter aus Baden-Württemberg möchte ich einmal darauf hinweisen, was wir dort erleben. Da ist ein Wanderzirkus unterwegs; es gibt Kundgebungen, Aufmärsche, Einschüchterungen, in Friedrichshafen, in Laupheim, in Aulendorf. Es erschüttert einen, was dort stattfindet. Man kann sich nur wundern, wenn oft so getan wird, als ob dies nur in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern ein Thema wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei der LINKEN)

Die Zahlen zum rechtsextremistischen Personenpotenzial sind deutlich: Über 38 000 Personen werden diesen Kreisen zugerechnet, von denen 10 400 dazu noch als sehr gewaltbereit eingestuft werden. Das ist schlimm und besorgniserregend. Es ist sehr wichtig, dass wir entschieden und nachhaltig dagegen vorgehen.

Rechtsextremismus ist aus meiner Sicht aber nicht nur an Wahlerfolgen beispielsweise der NPD in zwei Landtagen oder an Kundgebungen und Aufmärschen festzumachen, sondern ist auch in sehr vielen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden. Auch darauf sollten wir bei einer solchen Debatte unser Augenmerk richten.

Die Strategie beruht ja vielfach auf vier Säulen: Kampf um die Straße – Kundgebungen, Aufmärsche; ich habe es erwähnt –, Einschüchterungen, Kampf um den Einzug in die Parlamente, leider die beiden Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Aber auch der Kampf um die Köpfe und letztendlich eine organisierte Willensbildung sind an dieser Stelle von Bedeutung. Leider sehen sehr viele in der sogenannten neuen Rechten eine Scharnierfunktion zwischen rechtskonservativem Denken und rechtsextremistischem Handeln. Ich glaube, das ist eine sehr gefährliche Grauzone, die sich leider sehr stark entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ich will hier nur ein Beispiel anführen. „Gesellschaft für freie Publizistik“ zum Beispiel hört sich wunderbar an; mit 500 Mitgliedern ist diese aber inzwischen die größte rechtsextremistische „Kulturvereinigung“. Hier sind Referenten wie David Irving, der Holocaustleugner, oder auch Albrecht Jebens, früher im Weikersheimer Studienzentrum, jetzt bei der Hans-Filbinger-Stiftung tätig, zu finden. Ich bin heilfroh, dass die Bundeskanzlerin in der Woche nach Ostern den Ministerpräsidenten auf Abwegen ganz klar gestoppt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Bezüglich der Zwischenfrage von Frau Löttsch vorhin, in der sie auf Bundesmittel für das Studienzentrum Weikersheim hingewiesen hat, will ich ganz klar sagen, dass es offenbar so ist, dass über die Bundeszentrale für politische Bildung geringe Mittel für einzelne Veranstaltungen zur Verfügung gestellt worden sind. Heute Morgen hatten wir eine Kuratoriumssitzung, wo insbesondere über diese Themen gesprochen worden ist. Schade, dass von Ihrer Fraktion niemand da war; dort wäre diese Nachfrage eigentlich gut platziert gewesen. Aber ich versichere Ihnen, dass wir als Kuratoriumsmitglieder bei der nächsten Sitzung darüber reden werden, wer von diesen Mitteln profitiert.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist doch gut!)

Ich denke, das gehört dort auf die Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Dann tun Sie das!)

Ich weise an dieser Stelle aber auch darauf hin, dass sich in der Grauzone zwischen rechtskonservativem Denken und rechtsextremistischem Handeln im Bereich der Publizistik einige Zeitschriftenverlage und Magazine bewegen, bei denen wir sehr



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

genau hinschauen sollten. Wir haben erlebt, wie leider auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP – das soll jetzt kein Vorwurf von mir sein – hereingefallen ist und der „Deutschen Militärzeitschrift“ ein Interview gegeben hat. Kurz darauf hat sie sich dafür entschuldigt. Das ist in Ordnung. Ich appelliere an uns alle, zukünftig darauf zu achten, wer nach einem Interview fragt.

(Zuruf des Abg. Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP])

– Herr Kollege, das war von mir nicht böse gemeint; ich wollte nur einmal dieses Beispiel anführen. Wir haben auch in unseren eigenen Reihen Kollegen, die in eine Falle tappen könnten. Wir sollten also alle sehr vorsichtig sein, damit wir als Abgeordnete diesen Leuten nicht auf den Leim gehen.

(Miriam Gruß [FDP]: Aber es waren nicht nur welche von der FDP!)

– Ich habe deutlich darauf hingewiesen, dass es nicht nur Kollegen von der FDP waren.

Die Frage ist, was wir tun können. Ich will an dieser Stelle betonen, dass wir die Initiativen vor Ort stärken müssen. Wir müssen diese Leute ermutigen, im Kampf gegen rechts weiterzumachen. Es ist vielfach nicht einfach, unsere Werte zu verteidigen; denn man gerät unter Druck und wird eingeschüchtert. Deswegen glaube ich, dass die Fortschreibung der entsprechenden Programme an dieser Stelle ein ganz wichtiges Instrument ist.

(Beifall der Abg. Miriam Gruß [FDP])

Das Bundesprogramm wird mit 19 Millionen Euro fortgeschrieben. Außerdem werden 5 Millionen Euro draufgesattelt. Ich sage herzlichen Dank an alle Kollegen, die an



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

dieser Stelle mitgewirkt haben. Ich bedanke mich auch bei den betreffenden Ministerien, dass sie schnell bereit waren, hier mitzuarbeiten. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal.

Ich will mit dem Hinweis schließen: Geld ist nicht alles. Aber ohne Geld ist auch beim Kampf gegen den Rechtsextremismus leider kaum Land zu gewinnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

<http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/vf514de/odplayer.html?singleton=true&content=177153>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16098.pdf#PAGE=38>